

SBK-Beitrag Kundgebung „Genug ist genug“ am 14.11.22

Hallo zusammen,

meine Name ist Lothar Wilhelms; ich bin einer der Sprecher im Sozialbündnis Krefeld.

Das **Sozialbündnis Krefeld** wurde als Reaktion auf die Agenda 2010-Politik und die daraus folgenden HARTZ-Gesetze gegründet.

Diese Politik verschärfte die sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft und war von tiefem Misstrauen gegenüber der arbeitenden Bevölkerung und insbesondere gegenüber den von Arbeitslosigkeit Betroffenen geprägt.

20 Organisationen und Einzelpersonen haben sich im Sozialbündnis nach dem Konsensprinzip zusammengeschlossen.

Das Motto, unter dem das Sozialbündnis seine Ziele schon 2010 zusammengefasst hat, lautet:

„Gemeinsam handeln für soziale Gerechtigkeit“.

Dabei dürfen Gerechtigkeit und Recht nicht verwechselt werden.

In unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem gelingt es meistens den Stärkeren, das Recht im Sinne ihrer Interessen zu gestalten.

Gerechtigkeit, wenn sie im Recht verankert ist, schützt die Schwächeren vor der Macht der Stärkeren.

Unter diesem Gesichtspunkt hat das Sozialbündnis Krefeld seine Positionen in dieser **Broschüre** „Soziale Gerechtigkeit für Krefeld“ formuliert, die unter Sozialbündnis-Krefeld.de heruntergeladen werden kann.

Heute erleben wir eine **neue Verschärfung von Armut** und Ausgrenzung.

Die Ampelkoalition, die sich selbst „Zukunftscoalition“ taufte, wird mehr und mehr zu einer Angst verursachenden Koalition.

Schon vor dem Krieg Russlands gegen die Ukraine, den wir – wie alle Kriege – verurteilen und schnellstmöglich beendet sehen wollen, stiegen die Preise.

Mit den neuen einseitigen Sanktionen wuchs die **Inflation** in der BRD auf mittlerweile über 10%; allein bei Lebensmitteln auf über 20%, was die Ärmern unter uns doppelt hart trifft.

Die Energiepreise explodieren. Die Entlastungen reichen nicht aus, kommen spät und ungerecht nach dem Gießkannenprinzip.

Wer viel verbraucht, bekommt viel erstattet. Wem es vorher besser ging, dem soll es auch weiter besser gehen.

Wo ist der soziale Ausgleich? Die bisherigen staatlichen Hilfen sind zu niedrig, zu spät und werden nicht nur von Wohlfahrtsverbänden kritisiert.

Wo ist die Klimawende? Die besser Verdienenden konsumieren weiter und die Armen sparen notgedrungen CO₂.

Auch in meiner unmittelbaren Nachbarschaft musste ich mir schon einen versperrten Gaszähler anschauen.

Hier ein aktueller Hinweis: Anträge auf staatliche Hilfen, auch in vereinfachter Form, können von der neuen Website www.energie-hilfe.org heruntergeladen werden. Beratung gibt es im Arbeitslosenzentrum auf dem Westwall 32.

Und wann werden wir die Rechnungen für die 300 Mrd.

Kreditaufnahme präsentiert bekommen?

Wo soll gespart werden, wenn Herr Lindner im nächsten Jahr feste auf die Schuldenbremse tritt?

Sogar die immer marktwirtschaftlich neoliberal denkenden Wirtschaftsweisen fordern – erstmalig – eine höhere Belastung der Reichen und Wohlhabenderen.

Die Reaktivierung der Vermögenssteuer ist auch längst überfällig.

Die **Steuerpolitik** hierzulande fördert nach wie vor große Vermögen. Wer hat, dem wird gegeben. Die Reichen werden reicher; die Armen werden mehr.

Immer mehr hängen die Bildungs- und Lebenschancen in unserem Land vom Einkommen der Eltern und von Erbschaften ab.

Allein die 10 wichtigsten Steuerprivilegien für hohe Vermögen kosten uns jedes Jahr 80 Mrd. €.¹

Und wo bleibt die Übergewinnsteuer?

Die hohen Spritpreise lassen die Gewinne der **Ölkonzerne** explodieren.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres haben die fünf größten Mineralölkonzerne rund 30 Milliarden Euro Gewinn gemacht – mehr als doppelt so viel wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Verantwortlich für diese kräftige Gewinnsteigerung ist die Preispolitik dieser Multis, die die Krise als ihre Chance nutzen.

Bundesfinanzminister Lindner von der FDP hat seine Eckpunkte für ein sogenanntes „**Inflationsausgleichsgesetz**“ vorgelegt. Es soll die „kalte Progression“ ausgleichen.

Mit steigenden Einkommen nimmt die Steuerbelastung zu, auch wenn durch die Inflation die Kaufkraft nicht gestiegen ist. Dies auszugleichen ist sinnvoll und nötig. Doch die Frage ist, für wen und wie viel?

Die hohen Preissteigerungen besonders bei Energie und Lebensmitteln belasten die ärmeren Haushalte am stärksten. Sie haben aber am wenigsten von diesem „Inflationsausgleichsgesetz“.

Auch viele normal Verdienende kommen kaum noch über die Runden.

¹ Fifty-fifty März 22 (endlich Steuern zahlen)

Reiche Haushalte haben dagegen Reserven und kommen auch ohne Steuersenkungen klar. Doch sie profitieren am meisten.

Der Chefarzt achtmal so stark wie die KassiererIn, wie verdi berechnet hat.

Auch die von der Ampel geplante Erhöhung der **Hartz4**-Regelsätze um nur 50 Euro im Monat und erst ab 2023 ist völlig unzureichend.

HARTZ 4 soll dann ja Bürgergeld heißen; man könnte auch HARTZ 5 sagen, denn die Verbesserungen sind eher gering; es ist kein Bruch mit dem HARTZ4-System.

Die unwürdigen Kommentare von Merz und Co im Bundestag dazu atmen wieder den Geist des Misstrauens von privilegierten Abgeordneten, die allen von Arbeitslosigkeit bedrohten Faulheit und Missbrauch unterstellen.

Dabei ist Arbeitslosigkeit ein strukturelles Problem, eine Zwangsläufigkeit in allen kapitalistischen Gesellschaften.

Den von Arbeitslosigkeit und Armut Betroffenen beizustehen ist wichtigste Aufgabe des Sozialbündnisses.

Deshalb hatten wir für heute Mittag zur **Pressekonferenz** gegen das erneut geplante Bettel- und Alkoholverbot in der Stadt eingeladen.

RP und WZ waren da und wir hoffen, dass unser Statement Wirkung zeigt.

Wir wollen nicht zulassen, dass Arme und Suchtkranke aus der Stadt verdrängt werden. Wir fordern soziale Hilfen vor Ordnungsrecht und setzen uns für ein solidarisches Miteinander ein.

Und wir hoffen, Euch auch bei den kommenden Aktionen zu sehen.

Protestieren statt frieren!

Genug ist genug.